

An:
Michael Theurer
Torsten Herbst
Reinhard Houben
Michael Kruse
Andreas Reichel
Daniela Schmitt

Netzwerk
Gerechter Welthandel

Ludwig Essig
Koordination
Tel.: 0176 546 752 53
essig@forumue.de
www.gerechter-welthandel.org

08.11.2021

Erteilen Sie CETA im Koalitionsvertrag eine Absage

Sehr geehrte Verhandlungsführer*innen der FDP,

angesichts der bedrohlich voranschreitenden Klimakrise, des Artensterbens und der sich immer weiter verschärfenden sozialen Ungleichheit fordern wir Sie als liberale Koalitionär*innen der neuen Bundesregierung auf, der Ratifizierung des Freihandels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit Kanada (CETA), im Koalitionsvertrag eine Absage zu erteilen!

Das Abkommen wird bislang vorläufig und teilweise angewandt. Es tritt endgültig und vollständig – inklusive der Bestimmungen zum Investitionsschutz – in Kraft, wenn es von den Regierungen aller EU-Staaten ratifiziert wurde. In Deutschland entscheiden darüber der Bundestag und der Bundesrat.

CETA wurde zwischen 2014 und 2016 intensiv diskutiert. Kritisiert wurden unter anderem die geplanten Investitionsschutzregelungen, die Bedrohung der Daseinsvorsorge die Ausgestaltung der Regulatorischen Kooperation sowie der Ausschluss der Parlamente aus der Fortschreibung des Abkommens. Letzteres bewerten wir als besonders gravierende Beeinträchtigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Als Konsequenz aus den Debatten hatte die damalige Bundesregierung zusammen mit Österreich bei der Verabschiedung von CETA im EU-Rat zu Protokoll gegeben, dass sie als Vertragsparteien des CETA ihr Recht, die vorläufige Anwendung des Abkommen zu beenden, nicht beeinträchtigt sehen.

Das CETA-Abkommen stellt wirtschaftliche Interesse über Klimaschutz und Nachhaltigkeitsziele und beschneidet die Demokratie:

- **Sollte CETA von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden, werden Klageprivilegien von Konzernen gegen Staaten gestärkt.** Denn CETA ermächtigt *alle* ausländischen Investoren, die Niederlassungen in Kanada oder in einem EU-Staat haben, ihre Gaststaaten unter Umgehen von nationalem Recht vor einem Investitionsgerichtssystem (ICS) auf hohen Schadensersatz zu verklagen, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch neue Gesetze zum Klimaschutz oder zu sozialen Standards beeinträchtigt sehen. Aktuelle Beispiele sind die Klagen von Uniper und RWE gegen die Niederlande wegen des Kohleausstiegs.

Solche Klagen kosten Regierungen [Milliarden](#) und verzögern den Ausstieg aus fossilen Energien. Sie wären auch mit dem „reformierten“ Konzernklagerechten ICS möglich. Eine Ratifizierung CETAs würde die Klagemöglichkeiten von internationalen Unternehmen sogar noch deutlich ausweiten, und nationale und europäische Regulierungskompetenz einschränken. Auch der Deutsche [Richterbund](#) lehnt diesen Klageweg wegen des Mangels an demokratisch gesetzten materiell rechtlichen Vorgaben ab.

- **CETA ordnet Arbeitnehmer*innenrechte und Klimaziele Konzerninteressen unter.**
Während zum Beispiel Zollsenkungsvereinbarungen für den Handel mit fossilen Energien, billigem Fleisch oder Bergbauprodukten durch einen sanktionsbewehrten zwischenstaatlichen Streitbeilegungsmechanismus geschützt sind, sieht das Abkommen zur Einhaltung der ILO-Arbeitsnormen oder Durchsetzung von Klima- und Umweltzielen keinerlei Sanktionen vor.
- Sehr nachteilig für eine soziale und ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft wirken sich die bei CETA geltenden **Liberalisierungsverpflichtungen für die öffentliche Daseinsvorsorge** aus. Notwendige politische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, eine klima- und sozial gerechte Ausrichtung kommunaler Infrastrukturen einschließlich einer klimaneutralen Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude werden dadurch blockiert.
- **CETA beschädigt die parlamentarische Demokratie:**
Um unterschiedliche Schutzstandards fortlaufend anzugleichen, ist CETA als „Living Agreement“ konzipiert. Geheim tagende Ausschüsse – namentlich der Gemischte CETA-Ausschuss und seine Sonderausschüsse – sind befugt, *ohne parlamentarische Beteiligung* völkerrechtlich wirksame Beschlüsse zu Fragen der Vertragsauslegung oder zur Änderung von Schutzstandards zu treffen, die in EU-Recht umzusetzen und für die EU-Mitgliedsstaaten verbindlich sind. Auch wenn die Beschlüsse der CETA-Ausschüsse von europäischer Seite durch den EU-Rat vorbereitet werden, bedeutet das Übergehen der Parlamente ein [schwerwiegendes Demokratiedefizit von neuer Qualität](#).

Als Netzwerk, das 56 Organisationen aus den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz, Gewerkschaften, Entwicklungspolitik, Landwirtschaft und Kirchen umfasst, appellieren wir an Sie als liberale Abgeordnete: Verhindern Sie eine endgültige Ratifizierung von CETA!

Für Rückfragen und einen inhaltlichen Austausch stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Essig
Koordination
Netzwerk Gerechter Welthandel
www.gerechter-welthandel.org

Im Netzwerk Gerechter Welthandel setzen sich über 50 Mitgliedsorganisationen aus Verbraucherschutz, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Landwirtschaft und Kirchen für eine global gerechte, faire, nachhaltige und demokratische Außenwirtschaftspolitik ein.